



REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN



Regierungsprogramm 2025–2029

Staat gestalten, Zukunft sichern – im Schulterschluss für morgen

Herausgeber

Regierung des Fürstentums Liechtenstein
Peter-Kaiser-Platz 1
9490 Vaduz

Gestaltung und Satz

Büro für Gebrauchsgraphik AG, Vaduz

Fotografie

Martin Walser, Vaduz
Yannick Zurflüh, Vaduz

Druck

Wolf Druck AG, Triesen

Oktober 2025

Inhalt

Staat gestalten, Zukunft sichern – im Schulterschluss für morgen	4
Gemeinsame Werte	7
Stabilität sichern	8
Zusammenhalt stärken	17
Perspektiven schaffen	24

Staat gestalten, Zukunft sichern – im Schulterschluss für morgen

Liechtenstein steht, wie viele andere Länder in Europa, vor grossen Herausforderungen. Globale Umbrüche, technologische Entwicklungen, geopolitische Spannungen und gesellschaftliche Veränderungen fordern uns heraus, eröffnen jedoch auch neue Gestaltungsspielräume. In dieser Situation braucht es einen klaren Kompass und eine verlässliche Orientierung für unser Handeln.

Mit diesem Regierungsprogramm stärken wir die Basis für ein sicheres, solidarisches und zukunftsfähiges Liechtenstein. Es steht unter dem Leitsatz: «Staat gestalten, Zukunft sichern – im Schulterschluss für morgen». Denn nur gemeinsam, als Staat, als Gesellschaft, als Wirtschaft, als Einwohnerinnen und Einwohner, werden wir die kommenden Jahre erfolgreich gestalten.

Stabilität sichern

Wir setzen auf solide Staatsfinanzen, eine robuste Infrastruktur und verlässliche Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Energie, Bildung und Sicherheit. In Zeiten zunehmender Unsicherheit und Komplexität ist es unsere Aufgabe, Stabilität zu wahren und Resilienz zu fördern, sowohl im Innern als auch in der internationalen Zusammenarbeit.

Zusammenhalt stärken

Ein starker Staat lebt vom Vertrauen und dem Zusammenhalt seiner Einwohnerinnen und Einwohner. Wir wollen das gesellschaftliche Miteinander stärken, Eigenverantwortung fördern und Solidarität neu beleben. Bildung, Sozialpolitik, Ehrenamt, Kultur, Sport und eine vorausschauende Gesundheitspolitik bilden das Fundament einer zugänglichen und menschenwürdigen Gesellschaft.

Perspektiven schaffen

Liechtenstein braucht Mut zum Wandel. Digitalisierung, Innovation, nachhaltiges Handeln und moderne Staatsorganisation sind Teil unseres Alltags und stehen in unserer Verantwortung. Wir schaffen Raum für neue Ideen und ermöglichen Beteiligung auf Augenhöhe, in der Verwaltung, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Damit schaffen wir die Grundlage für zukunftsfähige Lösungen.

Gemeinsam gestalten

Dieses Programm ist entlang von 35 Themenfeldern gegliedert und orientiert sich an den drei Leitbegriffen *Stabilität*, *Zusammenhalt* und *Perspektive*. Fachstellen, Institutionen, Gemeinden sowie Einwohnerinnen und Einwohner sind eingeladen, ihre Expertise und Erfahrung einzubringen und mitzuwirken. Nur so wird dieses Programm lebendig und wirksam. Gleichzeitig können wir die Zukunft nicht vorhersagen. Entsprechend lässt das Regierungsprogramm auch Raum, um die in den kommenden vier Jahren neu hinzukommenden Herausforderungen und Rahmenbedingungen abzubilden.

Liechtenstein ist unsere Heimat. Mit Weitblick, Verantwortungsbewusstsein und Zuversicht wollen wir unser Land gemeinsam in die Zukunft führen.



Dr. Emanuel Schädler
Regierungsrat
Ministerium für Gesellschaft
und Justiz

Sabine Monauni
Regierungschefin-Stellvertreterin
Ministerium für Äusseres,
Umwelt und Kultur

Brigitte Haas
Regierungschefin
Ministerium für Präsidiales
und Finanzen

Hubert Büchel
Regierungsrat
Ministerium für Inneres,
Wirtschaft und Sport

Daniel Oehry
Regierungsrat
Ministerium für Infrastruktur
und Bildung



Gemeinsame Werte

Politik ist ein öffentliches Versprechen: Verantwortung zu übernehmen, Orientierung zu geben, vorausschauend zu gestalten, Entscheidungen zu fällen und das Vertrauen der Menschen zu verdienen. In diesem Sinne stehen am Anfang unseres Regierungsprogramms die Werte, an denen wir unser Handeln ausrichten, heute und in Zukunft.

Transparenz schafft Vertrauen

In Liechtenstein wissen wir: Ein Staat, der offen kommuniziert, ist ein Staat, der Vertrauen verdient. Wir verstehen Transparenz als Basis für Mitgestaltung. So bleiben Entscheidungen nachvollziehbar, Prozesse verständlich und Informationen zugänglich – für alle. Denn Demokratie lebt vom informierten Dialog.

Kommunikation auf Augenhöhe

Wir begegnen den Menschen im Land mit Respekt und hören zu. Unser Ziel ist eine Politik der aktiven Kommunikation, verständlich und nahbar. Das bedeutet: neue Möglichkeiten für Austausch zu finden, neue Wege der Beteiligung zu gehen.

Regierung und Verwaltung müssen erklären, woran sie arbeiten, welche Zielkonflikte bestehen und warum bestimmte Entscheidungen gefällt werden. Dabei gehen wir auch mit Fehlern offen um. Denn Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch Perfektion, sondern durch Haltung.

Wirkung sichtbar machen

Politik wird an konkreter Veränderung gemessen. Wir wollen Wirkung sichtbar machen, sei es durch effiziente Verfahren, Bürgerfreundlichkeit, Vereinfachungen oder neue Beteiligungsmöglichkeiten. Unser Anspruch ist ein Staat, den die Menschen nicht nur erleben, sondern auch verstehen, mitgestalten und mitverantworten.

Gemeinsam neue Wege gehen

Dieses Regierungsprogramm ist Ausdruck einer Haltung, die Liechtenstein seit Jahrzehnten erfolgreich macht: kurze Wege, vernetztes Denken und lösungsorientiertes Handeln. Wir wollen das vernetzte Zusammenarbeiten deshalb weiter stärken, neue Formen des Dialogs erproben und das Erfahrungswissen aus Verwaltung, Gemeinden und Gesellschaft aktiv einbinden.

Wir setzen auf langfristige Wirkung. Dabei investieren wir nicht nur in Infrastruktur, sondern vor allem in Beziehungen, zwischen Staat, Bevölkerung und Wirtschaft, zwischen Generationen, zwischen Regionen und Staaten.

Der Staat als Ermöglicher

Unser Anspruch ist es, vieles gemeinsam nach vorne zu bringen. Der Staat soll dabei als Ermöglicher wirken: Orientierung geben, Raum für Initiative schaffen, Hindernisse abbauen und die Eigenverantwortung fördern.

Wir glauben an eine Gesellschaft, in der Verantwortung geteilt wird: zwischen Land, Gemeinden, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, also zwischen jeder und jedem Einzelnen von uns.

Stabilität sichern

Standortpolitik vorausschauend gestalten

Ausgangslage

Liechtenstein zählt zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Ländern Europas. Dies gilt es zu erhalten. Doch wirtschaftliche Stärke allein genügt nicht, um langfristig attraktiv zu bleiben. Es braucht noch viele weitere Faktoren, um die Lebensqualität zu erhalten und zu fördern. Der technologische Wandel wird diverse Lebensbereiche weiter prägen und verändern.

Zielsetzung

Die Standortpolitik Liechtensteins soll auf Lebensqualität, Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Belastbarkeit ausgerichtet sein. Durch eine liberale Wirtschaftspolitik, die stabile und attraktive Rahmenbedingungen schafft, kann Liechtenstein auch in Zukunft als Wirtschaftsstandort erfolgreich sein. Dabei ist es das Ziel, ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Erfolg und ökologischer sowie sozialer Lebensqualität zu schaffen, für eine Zukunft, in der Wohlstand, Natur und Gesellschaft im Einklang stehen.

Handlungsfelder

Standortpolitik ist mehr als nur wirtschaftspolitische Disziplin, sie ist eine integrative Aufgabe. Sie verbindet wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit dem Schutz natürlicher Ressourcen, nachhaltiger Raumentwicklung und der Förderung eines gesunden Lebensumfelds. Durch die Schaffung von stabilen und rechtssicheren Rahmenbedingungen soll die Wirtschaft ihr Potenzial entfalten können. Zur systematischen Stärkung des Wirtschaftsstandorts wird ministeriumsübergreifend und unter Beiteilung der Verbände an zielgerichteten Vorschlägen gearbeitet.

Sicherheit umfassend denken

Ausgangslage

Die Bedrohung der inneren und äusseren Sicherheit hat sich in den vergangenen Jahren verschärft. So hat sich durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine das Sicherheitsgefüge in ganz Europa verändert und zu einem Umdenken in der Sicherheitspolitik geführt. Während Liechtenstein in vielen Bereichen wie dem Schutz vor Naturgefahren bereits sehr gut aufgestellt ist, fehlt es übergreifend aber bislang an einer gesamtsstaatlichen Sicherheitsstrategie und an bedarfsgerechten Strukturen.

Zielsetzung

Sicherheit und Sicherheitspolitik werden gesamtheitlich betrachtet. Das bedeutet, dass Sicherheit künftig noch stärker ministeriumsübergreifend gedacht und gelebt werden soll, um die unmittelbare und koordinierte Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken.

Handlungsfelder

Die Arbeiten zur Entwicklung einer integrierten Sicherheitsstrategie werden fortgeführt und abgeschlossen. Basierend auf der neuen Sicherheitsstrategie werden Handlungsfelder definiert und Prioritäten gesetzt, die das Ableiten konkreter Massnahmen erlauben. Die internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit den Nachbarstaaten und den europäischen Partnern, soll intensiviert werden. Bestehende Abläufe und Strukturen werden angepasst, um eine integrierte und fortlaufende sicherheitspolitische Sicht- und Denkweise fest zu verankern. Dazu gehört die Einrichtung einer Struktur, welche die Regierung in sicherheitspolitischen Fragen unterstützt.

Strategisch kluger Umgang mit öffentlichen Finanzen

Ausgangslage

Ein solider und ausgeglichener Staatshaushalt ist von zentraler Bedeutung. Der sorgsame Umgang mit Staatsfinanzen stellt eine laufende Aufgabe dar. Nachdem sich die Staatsfinanzen in den vergangenen Jahren erfreulich entwickelt haben, sind in den kommenden Jahren keine grösseren Einnahmesteigerungen zu erwarten. Gleichzeitig werden die Ausgaben des Staates wachsen, insbesondere aufgrund der älter werdenden Gesellschaft, des technologischen Fortschritts, des Klimawandels und der neuen Sicherheitsrisiken. Um auch künftig einen gesunden Staatshaushalt sicherzustellen, ist weiterhin eine vorausschauende Planung unabdingbar. Das Finanzhaushaltsgesetz hält fest, dass der Staatshaushalt nach den Grundsätzen der Gesetzesmässigkeit, der Notwendigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit zu führen ist.

Zielsetzung

Die finanzpolitischen Eckwerte dienen als Grundlage für die Gestaltungs- und Handlungsfreiheit des Landes, damit Investitionen in Zukunftsprojekte ermöglicht und die Souveränität Liechtensteins gewahrt und der sozialen Verantwortung nachgekommen werden kann. Dazu wird es nötig sein, das Aufwandwachstum zu verlangsamen, damit notwendige Ausgaben und Investition getätigt werden können. Zudem sind neue Einnahmequellen zu identifizieren. Es soll sowohl in der Politik und der Verwaltung als auch der Gesellschaft ein verstärktes Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass mit staatlichen Mitteln sorgsam umgegangen werden muss.

Handlungsfelder

Die Ausgaben werden nach Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit und Effektivität geprüft, um das Aufwandwachstum einzuschränken. Es werden Ausgabenpositionen unter die Lupe genommen, um sie auf Wirksamkeit und potenzielle Alternativen zu untersuchen. Zudem soll geprüft werden, wie die Einnahmen erhöht werden können, um ein ausgeglichenes Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit anzustreben. Zudem werden die soliden Reserven auf hohem Niveau gehalten, da sie wiederkehrend Finanzerträge generieren und zur Sicherung der Souveränität Liechtensteins beitragen. Die Ausgaben- und Steuerpolitik wird an den notwendigen Aufgaben und der sozialen Verantwortung des Staates ausgerichtet.

Wirtschaftliche Souveränität sichern

Ausgangslage

Liechtensteins Wirtschaftsstandort ist breit aufgestellt. Global tätige Industrieunternehmen, eine Vielzahl an Gewerbebetrieben und ein über alle Sektoren hinweg gelebtes Unternehmertum prägen den Standort. Sowohl der Zollvertrag mit der Schweiz als auch das EWR-Abkommen geniessen in Liechtensteins Gesellschaft und Wirtschaft eine sehr hohe Akzeptanz und Wertschätzung. Marktzugänge sind für die äusserst export-orientierte Wirtschaft in Liechtenstein zentral, gerade in Zeiten von zunehmendem Protektionismus.

Zielsetzung

Die Entwicklungen in den verschiedenen Ländern und multilateralen Organisationen werden verfolgt und dabei die Interessen Liechtensteins laufend aktiv eingebracht. Die Standortvorteile müssen erhalten und weiterentwickelt werden. Dabei sollen die unterschiedlichen Stärken und Besonderheiten der einzelnen Branchen erhalten bleiben. Zudem wird ein möglichst diskriminierungs- und hindernisfreier Zugang zu ausländischen Märkten sichergestellt. Die makroökonomischen Daten zu Liechtenstein sollen verbessert werden. Liechtenstein soll weiterhin von der internationalen Ratingagentur S&P Global Ratings die Bestnote bestätigt bekommen (AAA-Rating).

Handlungsfelder

Um den Wirtschaftsstandort auch künftig wettbewerbsfähig und attraktiv zu gestalten, werden in volatilen Zeiten wie diesen die aktuellen Entwicklungen genau beobachtet und es wird schnell und flexibel reagiert. Das Netz an Freihandels- und Doppelbesteuerungsabkommen soll erweitert werden. Die Übernahme notwendiger internationaler Standards und der Ausbau der gewinnbringenden, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird fortgesetzt. Gleichzeitig ist eine wirtschaftlich tragbare, unbürokratische und für die Bevölkerung nachvollziehbare Umsetzung anzustreben.

International vernetzten und verlässlichen Finanzplatz erhalten

Ausgangslage

Der liechtensteinische Finanzplatz geniesst international einen guten Ruf als verlässlicher, stabiler und vernetzter Partner. Mit der konsequenten Umsetzung der Finanzplatzstrategie, die gemeinsam mit den Finanzplatzakteuren entwickelt wurde, hat Liechtenstein eine klare Vision, wie der Finanzplatz auch künftig gestaltet werden soll.

Zielsetzung

Der Finanzplatz und seine Reputation werden weiter gestärkt. Die Konformität mit internationalen Standards und EU-Regulierungen, insbesondere im Bereich der Steuern sowie der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, wird durch konsequente, aktive Um- und Durchsetzung dieser Standards und Regulierungen sichergestellt. Vorhandener Umsetzungsspielraum oder Wahlrechte bei der Regulierung werden im Interesse Liechtensteins gröszenverträglich genutzt. Die Finanzplatzstrategie wird weiterhin konsequent umgesetzt, gleichzeitig aber auch weiterentwickelt, um Innovation und Sicherheit weiter zu fördern.

Handlungsfelder

Liechtenstein positioniert sich aktiv in der internationalen Steuerkooperation sowie in der Umsetzung der internationalen Standards. Liechtenstein wird weiterhin die Sanktionen der Europäischen Union schnell und autonom umsetzen. Liechtenstein wird, wo immer möglich und sinnvoll, eine aktive Rolle in der Weiterentwicklung internationaler Instrumente zur Geldwäschereibekämpfung einnehmen. Die Finanzplatzstrategie und ihre strategischen Massnahmen werden weiterhin konsequent umgesetzt. Gleichzeitig soll gemeinsam mit den Finanzplatzakteuren geprüft werden, wie die Finanzplatzstrategie weiterentwickelt und welche neuen strategische Meilensteine angegangen werden können.

Sichere öffentliche Räume für alle

Ausgangslage

Die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden in Liechtenstein sind hoch. Das gilt sowohl in öffentlichen Räumen als auch bei Grossveranstaltungen und in Schulen. In einer komplexen und vernetzten Welt steigen jedoch die Herausforderungen im Bezug auf die physische, psychische und digitale Sicherheit.

Zielsetzung

Bestehende Sicherheitskonzepte werden auf Basis aktueller Erkenntnisse überprüft und bedarfsgerecht angepasst. Dabei wird die Sicherheit nicht nur durch die Bereitstellung notwendiger Ressourcen sichergestellt, sondern auch durch bauliche sowie weitere präventive Massnahmen. Zudem soll das Krisen- und Notfallmanagement verbessert respektive stärker in der Gesellschaft verankert werden.

Handlungsfelder

Die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit erfordert verschiedene, sich ergänzende Massnahmen. Dies passiert durch die Ausstattung der zuständigen Stellen mit den notwendigen Ressourcen wie auch durch bauliche Schutzmassnahmen oder Konzepte zur Prävention von Gewalt, gezielte Schulungen für Lehrpersonen und Verwaltungsmitarbeitende sowie ein strukturiertes Krisen- und Notfallmanagement. Zudem wird die Landespolizei gestärkt.

Brigitte Haas, Regierungschefin



Digitale Sicherheit ausbauen

Ausgangslage

Die digitale Sicherheit wird immer wichtiger. Es ist deshalb essenziell, dass der Staat kritische Infrastrukturen wie beispielsweise die Energieversorgung oder das Gesundheitswesen dabei unterstützt, sich vor digitalen Angriffen zu schützen. Durch klare rechtliche Rahmenbedingungen und internationale Zusammenarbeit schafft der Staat Vertrauen in digitale Technologien. Gleichzeitig sind kontinuierliche Anpassungen notwendig, um den dynamischen Entwicklungen im Bereich Cyberkriminalität und Cybermobbing wirksam zu begegnen. Eine starke Cybersicherheit trägt zu Stabilität und zur Sicherheit der gesamten Gesellschaft bei.

Zielsetzung

Die Landesverwaltung stärkt das Vertrauen in staatliches Handeln durch transparente Kommunikation und den gezielten Einsatz sicherer digitaler Service-Portale. Einwohnerinnen und Einwohner sollen diese noch aktiver nutzen können und besser über die Sicherheitsvorkehrungen informiert werden. Diese Massnahmen werden nicht nur technisch umgesetzt, sondern auch weiterhin aktiv kommuniziert, um Vertrauen in die digitale Teilhabe zu fördern. Die Bekämpfung von Cyberkriminalität und Cybermobbing wird durch Prävention, Aufklärung und konsequente Strafverfolgung sichergestellt.

Handlungsfelder

Der Staat sorgt für breite Sicherheitsvorkehrungen in der IT-Infrastruktur. Es wird eine nationale Krisenorganisation zur Bewältigung von Cybersicherheitsvorfällen grossen Ausmasses und von Krisen aufgebaut, um im Anlassfall schnell und professionell reagieren zu können. Eine Übersicht über aktuelle Cybergefährdungen für das Land wird erstellt und periodisch überprüft sowie aktualisiert. Der Austausch zwischen Bevölkerung, Wirtschaft und Staat wird gefördert, um ein Bewusstsein für die Gefahren im Bereich der digitalen Sicherheit zu stärken. Dank einer Übersicht über aktuelle Gefährdungen sollen die richtigen Schwerpunkte und Massnahmen im Bereich Prävention und Krisenmanagement gesetzt werden. Gleichzeitig wird das Teilen von Schwachstelleninformationen und sicherheitsrelevanten Beobachtungen im Cyberraum mit Unternehmen und Organisationen weitergeführt sowie weiter ausgebaut. Sowohl in Schulen als auch über Präventionskampagnen sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene über die Gefahren der Cyberkriminalität und des Cybermobbings aufgeklärt werden. Opfer sollen niederschwellige Beratungs- und Hilfsangebote erhalten, während Täter konsequent bestraft werden.

Bevölkerungsschutz gezielt stärken

Ausgangslage

Sicherheitspolitische Analysen zeigen, dass die Gefährdungen und Bedrohungen vielfältiger sowie unberechenbarer, die Eintretenswahrscheinlichkeiten höher und das potenzielle Schadenausmass grösser werden. Massgeblich verantwortlich dafür sind die aktuellen geopolitischen Entwicklungen einerseits und der Klimawandel andererseits. Der Bevölkerungsschutz sieht sich vor diesem Hintergrund mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert. Beim Schutz vor Naturgefahren kommt einem intakten Schutzwald eine besondere Bedeutung zu.

Zielsetzung

Es gilt, den liechtensteinischen Bevölkerungsschutz in Hinblick auf die anstehende Herausforderung weiterzuentwickeln und zu stärken. Dazu sind die im Zuge des integralen Risikomanagements vereinbarten Zuständigkeiten und Programmstrukturen in der Verwaltungspraxis zu etablieren. Der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfeleistung mit dem Ausland kommt eine zentrale Bedeutung zu, um auch ausserordentliche Lagen bewältigen zu können. Liechtenstein verstärkt ausserdem seine Kompetenzen in den Such- und Rettungsdiensten für nationale und internationale Einsätze. Im Falle einer Katastrophe ist sichergestellt, dass alle systemrelevanten Infrastrukturen bestmöglich aufgestellt sind.

Handlungsfelder

Mit koordinativer Unterstützung des von der Regierung eingesetzten Programmausschusses soll bis zur nächsten periodischen Revision der Gefährdungsanalyse in zehn Jahren für jede der 18 in der Gefährdungsanalyse ausgewiesenen Gefährdungen ein Massnahmenpaket zur Risikominderung erstellt werden. Mit dem Aufbau von neuen Rettungseinheiten soll der Bevölkerungsschutz gestärkt werden. Es werden Sensibilisierungsmassnahmen für die Bevölkerung vorgenommen wie beispielsweise die Thematisierung im schulischen Bereich oder die Information der Bevölkerung. Die Handlungsfelder der Waldstrategie 2030+ werden mit den verantwortlichen Akteuren umgesetzt. Zusätzlich wird die Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie aus dem Jahr 2018 überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt.

Informationssicherheit garantieren

Ausgangslage

Liechtenstein sieht sich zunehmend der Gefahr von Desinformation, der Bildung von Nachrichtenblasen, KI-generierten Fakes und politisch motivierter Einflussnahme von aussen ausgesetzt. Um die Demokratie zu schützen, sind deshalb faktenbasierte Informationen zur Meinungsbildung und eine ausgeprägte, auf Respekt basierende Debattenkultur zentral.

Zielsetzung

Neben seriösen Medien bedarf es auch Medienkompetenzförderung, technologischer Aufklärung und gesetzlicher Massnahmen. Die liechtensteinische Medienlandschaft soll gestärkt werden, nachdem zwei relevante Medienhäuser schliessen mussten. Dabei wird nicht nur ein Auge auf die Medienvielfalt, sondern auch auf die Medienqualität gelegt. Zudem wird die Medienkompetenz der Bevölkerung gestärkt. Gleichzeitig wird der Einsatz von KI zur Erkennung und Eindämmung von Deepfakes und manipulierten Inhalten vorangetrieben. Ziel ist es, durch kohärente, risikobasierte Rahmenbedingungen digitalen Manipulationen entschlossen entgegenzutreten, demokratische Prinzipien zu schützen und das Vertrauen in digitale Technologien zu stärken.

Handlungsfelder

Die Entwicklungen auf dem Medienplatz Liechtenstein werden genau beobachtet und neue Initiativen gefördert. Dazu wird auch der Dialog mit den Marktteilnehmenden gesucht. Es soll ein mediales Service-Public-Angebot geschaffen werden, um die Bevölkerung verlässlich und unabhängig zu informieren. Um die Informationskompetenz zu stärken, wird die Bevölkerung in den Schulen wie auch über andere Kanäle präventiv über Gefahren informiert. Liechtenstein bringt sich aktiv in internationale Prozesse zur Regulierung und Governance digitaler Technologien ein, unter anderem im Kontext der Vereinten Nationen oder des Europarats.

Rechtssicherheit schützen

Ausgangslage

Rechtssicherheit ist essenziell, da sie Vertrauen in staatliche Institutionen schafft und die Stabilität des Rechtsstaats gewährleistet. Sie ermöglicht Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Unternehmen, ihre Rechte und Pflichten klar zu erkennen und entsprechend zu handeln. Zudem fördert sie Investitionen und wirtschaftliches Wachstum, da klare rechtliche Rahmenbedingungen Risiken minimieren. Schliesslich stärkt sie die internationale Zusammenarbeit, insbesondere im Finanz- und Wirtschaftsbereich, in denen Verlässlichkeit ein entscheidender Standortvorteil ist. Deshalb setzt sich Liechtenstein auch auf internationaler Ebene aktiv für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit ein.

Zielsetzung

Der Zugang zu den geltenden Rechtsgrundlagen ist jederzeit einfach und kostenlos verfügbar. Mit der Justizreform wurden die Grundlagen für eine Professionalisierung des liechtensteinischen Justizwesens geschaffen, womit die Qualität der Rechtsprechung und die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt werden sollen. Dies soll nun in der Praxis umgesetzt werden. In verschiedenen multilateralen Gremien wie den Vereinten Nationen und dem Europarat engagiert sich Liechtenstein für menschenrechtsbasierte und transparente Justizsysteme.

Handlungsfelder

Das Publikationssystem für Rechtsvorschriften (Lilex) wird erneuert, damit diese rechtsstaatlich bedeutende Infrastruktur langfristig gesichert ist und zukunftsfähig bleibt. Die Rahmenbedingungen für die beschlossene Justizreform werden festgelegt, damit deren übergeordneten Ziele erreicht werden können. Liechtenstein wird in internationalen Organisationen als Fürsprecher des Internationalen Strafgerichtshofs und der Bekämpfung von Strafflosigkeit bei schwersten Verbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit weiterhin ein besonderes Gewicht auf die Unterstützung der internationalen Strafgerichtsbarkeit legen.



Sabine Monauni, Regierungschefin-Stellvertreterin

Versorgungssicherheit gewährleisten

Ausgangslage

Die geopolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre, die grosse Abhängigkeit von Energieimporten und die Herausforderungen durch den Klimawandel machen deutlich: Versorgungssicherheit ist ein strategisches Kernanliegen für die langfristige Stabilität des Standorts Liechtenstein. Dabei rückt neben der Erschliessung heimischer Energiequellen insbesondere der Gebäudebereich in den Fokus, der einen erheblichen Anteil am Energieverbrauch hat und zugleich hohes Einspar- und Effizienzpotenzial birgt. Neben der Energieversorgung sind auch Optimierungen in der Gesundheitsversorgung angezeigt.

Zielsetzung

Liechtenstein soll über eine robuste, umweltfreundliche und zahlbare Energieversorgung verfügen. Durch eine Modernisierung der Gebäudestandards und die Förderung von erneuerbaren Energien sowie von Fern- und Nahwärme wird die Eigenversorgung gestärkt und die Abhängigkeit von fossilen, umweltschädlichen Energieträgern reduziert. Versorgungssicherheit wird so zur Grundlage ökonomischer und ökologischer Zukunftsfähigkeit und macht Energie langfristig bezahlbar. In der Gesundheitsversorgung wird die Bedarfsplanung überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Handlungsfelder

Zur Stärkung der Versorgungssicherheit wird ein mehrdimensionaler Ansatz verfolgt. Mit der Verbindlichkeit zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Massnahmen soll die Energiewende gestaltet und die Versorgungssicherheit erhöht werden. Der Fokus liegt dabei auf Technologien wie Photovoltaik und Fernwärme, es werden aber auch weitere Optionen im Sinne der Technologieoffenheit evaluiert, darunter Windenergie oder Wasserstoff. Ein zentrales Element stellt die Überarbeitung der Gebäuderichtlinien im Einklang mit europäischen Vorgaben zur Gesamtenergieeffizienz dar. Dadurch soll der Energieverbrauch im Gebäudesektor systematisch gesenkt und der Anteil erneuerbarer Energien erhöht werden. Parallel dazu wird die Prüfung der Nutzung von Windkraft vorangetrieben, um neue, standortangepasste Beiträge zur inländischen Energieproduktion zu erschliessen.

Raum vorausschauend planen

Ausgangslage

Liechtenstein steht unter wachsendem Siedlungs-, Mobilitäts- und Nutzungsdruck. Gleichzeitig steigt der Anspruch an die Lebensqualität und die Erhaltung natürlicher Ressourcen und des Lebensraums. Eine rein nach innen gerichtete Raumplanung reicht nicht aus, regionale Kooperation wird zunehmend zentral.

Zielsetzung

Der Raum soll durch abgestimmte, qualitativ hochwertige und optimierte Planung über Gemeinde- und Landesgrenzen hinweg so gestaltet werden, dass er langfristig lebenswert, funktional und widerstandsfähig bleibt. Es gilt, Raum- und Infrastrukturplanung stärker mit Erholungs- und Umweltaspekten zu verzahnen, Naherholungsgebiete zu schützen und naturnahe Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung zu fördern. Gleichzeitig soll der Dialog zwischen Wirtschaft, Umwelt- und Lebensraumpolitik intensiviert werden, um Zielkonflikte frühzeitig zu erkennen und zu entschärfen.

Handlungsfelder

Im Zentrum steht die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein. Diese Plattform dient der Koordination von Siedlung, Mobilität und Landschaft sowie der Anpassung an den Klimawandel im regionalen Kontext. Dabei werden räumliche Entwicklung, Infrastrukturausbau und Umweltziele gemeinsam bedacht. Der Landesrichtplan wird überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Planungs- und Baurecht modernisieren

Ausgangslage

Die gesetzlichen Grundlagen für Bauen, Wohnen und Verkehr in Liechtenstein sind in die Jahre gekommen. Sie entsprechen nur teilweise den heutigen Anforderungen an Sicherheit, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung.

Zielsetzung

Eine umfassende Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen im Bau- und Infrastrukturbereich ist notwendig, um öffentliche Interessen besser zu integrieren und Planungs- sowie Investitionssicherheit zu erhöhen. Mit rechtlichen Anpassungen sollen Bauprojekte sicherer und nachhaltiger gestaltet werden. Die Infrastruktur wird damit langfristig im Interesse des Gemeinwohls weiterentwickelt, insbesondere mit Fokus auf die steigenden Wohn- und Lebenshaltungskosten.

Handlungsfelder

Der gesetzliche Rahmen für Infrastruktur und Raumordnung wird modernisiert. Konkret sind dabei Gesetzesrevisionen in den Bereichen Strassen, Bau, Wohnbauförderung und Brandschutz vorgesehen.

Mobilitätswende nachhaltig vorantreiben

Ausgangslage

Liechtenstein steht im Spannungsfeld zwischen steigendem Verkehrsaufkommen, begrenztem Raum und Mobilitätsbedürfnissen von Wirtschaft und Bevölkerung.

Zielsetzung

Eine zielgerichtete Mobilität, die zur Reduktion von Emissionen, zur Entlastung von Siedlungsgebieten und zur Erhöhung der Lebensqualität beiträgt, wird angestrebt. Ziel ist eine leistungsfähige, umweltverträgliche und zukunftsfähige Mobilität für Bevölkerung und Wirtschaft, die effizient, ressourcenschonend und bedarfsorientiert gestaltet ist.

Handlungsfelder

Alle Verkehrsträger werden gemeinsam betrachtet, um den Mobilitätsmix zu optimieren. Beim motorisierten Individualverkehr liegt der Fokus auf einem bedarfsgerechten Infrastrukturausbau. Die strategische Steuerung erfolgt über das Mobilitätskonzept 2030 und das Projekt «Raum und Mobilität 2050». Ergänzend wird das Verkehrsmodell Liechtenstein weiterentwickelt. Durch punktuelle Entlastungsstrassen und aktive Verkehrslenkung soll gezielt eine Entlastung in stark frequentierten Bereichen erreicht werden. Parallel dazu wird die Nutzung weiterer Verkehrsmittel gefördert, beispielsweise durch den gezielten Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Radwegnetzes.

Verantwortungsbewusst in staatliche Hochbauten investieren

Ausgangslage

Die Infrastruktur vieler öffentlicher Gebäude in Liechtenstein gerät zunehmend an ihre Grenzen – sei es in technischer, funktionaler oder räumlicher Hinsicht. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Nutzungsflexibilität. Staatliche Hochbauten sind langfristige Investitionen, entsprechend sorgfältig müssen Planung und Umsetzung erfolgen.

Zielsetzung

Öffentliche Hochbauten sollen funktional, wirtschaftlich, nachhaltig und gemeinwohlorientiert realisiert, betrieben und instandgesetzt werden. Im Rahmen von Neubauprojekten stehen Planungssicherheit, Transparenz und Effizienz im Vordergrund.

Handlungsfelder

Im staatlichen Hochbau und im Management des Liegenschaftsportfolios wird auf eine ganzheitliche und strategische Herangehensweise gesetzt. Die Regierung befasst sich zu diesem Zweck periodisch mit der Liegenschaftsstrategie. Der Fokus liegt dabei auf einer vorausschauenden Planung, einer klaren Prioritätensetzung und einer effizienten Umsetzung. Im Bildungs- und Gesundheitsbereich werden die beschlossenen Bauten, wie beispielsweise die Schulzentren, das Spital sowie die Landesbibliothek, realisiert.

Zusammenhalt stärken

Soziale Sicherheit langfristig denken

Ausgangslage

Der demografische Wandel findet auch in Liechtenstein statt. Es ist deshalb wichtig, dass frühzeitig die Weichen für eine langfristige Sicherung der Leistungen der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) sowie im Bereich der Pensionskasse (2.Säule) gestellt werden. Zudem muss die Finanzierbarkeit und Verfügbarkeit von Leistungen in der Alterspflege und -betreuung sichergestellt werden.

Zielsetzung

Es werden Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV vorgestellt und einer Entscheidung zugeführt. Das System der betrieblichen Personalvorsorge wird durch verschiedene Massnahmen gestärkt. Mit der Einführung eines Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) soll mehr Rechtssicherheit entstehen. Die Verfahren im Sozialrecht sollen vereinheitlicht werden.

Handlungsfelder

Es werden Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung ergriffen. Die Zukunftsfähigkeit der 2.Säule wird gesichert und Massnahmen zur Verbesserung der Altersvorsorge getroffen. Der Vernehmlassungsbericht über die Einführung des ATSG wird in dieser Legislaturperiode verabschiedet und öffentlich diskutiert.

Gesundheitssystem für alle stärken

Ausgangslage

Liechtensteins Gesundheitsversorgung ist auf einem hohen Niveau. Allerdings belasten die steigenden Kosten sowohl Privatpersonen als auch den Staat zunehmend, während gleichzeitig die Versorgung gewährleistet sowie die hohe Qualität des Systems erhalten werden soll. Dazu gehört auch, dass sich das Gesundheitssystem vermehrt der Prävention widmet.

Zielsetzung

Die Verfügbarkeit und Auslastung von medizinischen Angeboten sollen optimiert werden, um allen Einwohnerinnen und Einwohnern eine schnelle, effiziente und bedarfsgerechte Versorgung zu garantieren. Gemeinsam mit den Tarifpartnern sollen Massnahmen für eine Eindämmung des Kostenwachstums ergriffen werden.

Handlungsfelder

Gesundheitspolitisch werden die Akteure besser vernetzt. Der Neubau des Landesspitals, die Anpassung der Bedarfsplanung und die Konkretisierung sowie Umsetzung der Massnahmen aus dem Psychiatriekonzept werden als Gemeinschaftsleistung vorangetrieben. Es wird geprüft, wie die Bedarfsplanung flexibilisiert werden kann. Im Dialog mit den Tarifpartnern werden Massnahmen umgesetzt, welche die Gesundheitskosten auf einem bezahlbaren Niveau halten. Die Entwicklungen in anderen Ländern, unter anderem die grosse KVG-Revision in der Schweiz, werden genau analysiert und mögliche Handlungsfelder für Liechtenstein abgeleitet. Die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) wird, auf Liechtenstein angepasst, ebenfalls geprüft.

Prävention und Hilfe bei psychischen Erkrankungen fördern

Ausgangslage

Psychische Gesundheit beeinflusst die Lebensqualität der Bevölkerung direkt und ist ein grundlegender Bestandteil des öffentlichen Gesundheitswesens. Eine gute psychische Verfassung fördert gesellschaftliche Teilhabe, Produktivität und Bildungserfolg. Psychische Erkrankungen verursachen hohe soziale und wirtschaftliche Kosten, etwa durch Arbeitsausfälle oder durch intensive medizinische Versorgung. Daher ist es im Interesse des Staates, Prävention, Behandlung und Entstigmatisierung aktiv zu fördern.

Zielsetzung

Die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen soll bestmöglich sichergestellt und dort optimiert werden, wo Lücken bestehen. Dafür braucht es eine verlässliche Datengrundlage, insbesondere bei der jungen Bevölkerung. Auf Basis des Psychiatriekonzepts werden die Massnahmen zur Verbesserung der Versorgung weiterentwickelt und vorangetrieben.

Handlungsfelder

Die Anstrengungen in der Prävention werden intensiviert, um die psychische Gesundheit in der Bevölkerung zu verbessern, unter anderem über Bekanntmachung der bestehenden Angebote. Die intermediären Kapazitäten werden ausgebaut. Es werden Strukturen für eine fachlich geeignete Anlaufstelle für psychiatrische Notfälle geschaffen. Die Studie zur psychischen Gesundheit an den Schulen wird weitergeführt und ausgebaut, um Massnahmen im Bereich der Prävention für alle Altersgruppen abzuleiten.

Bildung vorausschauend weiterentwickeln

Ausgangslage

Ein zukunftsfähiges Bildungssystem muss flexibel, individuell fördernd und gesellschaftlich anschlussfähig sein. Der Wandel in Arbeitswelt, Gesellschaft und Technologie stellt neue Anforderungen an Schulen, Lehrkräfte und Lernende.

Zielsetzung

Liechtensteins Bildungssystem soll chancengerecht, widerstandsfähig und anschlussfähig bleiben und ein starkes Fundament für individuelle Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe schaffen.

Handlungsfelder

Das Bildungssystem wird zukunftsfähig weiterentwickelt und auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen ausgerichtet. Ein zentrales Vorhaben ist dabei die stärkere Verzahnung von Bildung und Betreuung, um Familien zu entlasten. Die duale Berufsbildung als bewährtes und zukunftsträchtiges Modell wird gestärkt. Mehr Schulautonomie soll es den Bildungseinrichtungen ermöglichen, sich an den jeweiligen Standorten besser eigenverantwortlich weiterzuentwickeln. Eine Revision des Schulgesetzes ist geplant. Zudem erfolgt ein Update der Bildungsstrategie 2025+, das die langfristige Ausrichtung des Bildungswesens sichert.

Daniel Oehry, Regierungsrat



Lebenslanges Lernen fördern

Ausgangslage

Die rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt, getrieben durch Digitalisierung, demografischen Wandel und neue Qualifikationsanforderungen, führen zu einem steigenden Weiterbildungsbedarf in nahezu allen Berufs- und Lebensbereichen. Um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben und die Innovationskraft des Landes zu sichern, bedarf es gezielter Investitionen in die kontinuierliche Qualifizierung der Bevölkerung.

Zielsetzung

Liechtenstein soll sein System des lebenslangen Lernens weiterentwickeln, das niederschweligen Zugang zu Aus- und Weiterbildungen bietet, individuelle Bildungsbiografien unterstützt und gezielt zur Fachkräftesicherung beiträgt. Ziel ist es, allen Menschen, unabhängig von Alter, Herkunft oder Vorbildung, die Möglichkeit zu geben, sich im Lauf ihres Lebens weiterzuentwickeln, umzuschulen oder neu zu orientieren.

Handlungsfelder

Das erforderliche Angebot an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten wird laufend evaluiert, angepasst und ergänzt. Eine umfassende Überarbeitung des Stipendiengesetzes wird aufgelegt, damit die Unterstützungsleistungen für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten attraktiver gestaltet werden.

Familie und Beruf in Einklang bringen

Ausgangslage

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt für viele Haushalte in Liechtenstein eine grosse Herausforderung dar. Der steigende Fachkräftebedarf in der Wirtschaft verstärkt die Notwendigkeit, dass gut ausgebildete Arbeitskräfte aufgrund fehlender Betreuungsangebote oder unflexibler Arbeitsmodelle nicht aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Der Wunsch nach flexibleren Arbeitszeitmodellen, Teilzeitarbeit, Homeoffice-Möglichkeiten sowie nach einem ausreichenden Angebot an ausserhäuslicher Kinderbetreuung und Tagesstrukturen wächst. Die bezahlte Elternzeit wird für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Erleichterungen bringen.

Zielsetzung

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird durch eine abgestimmte Zusammenarbeit von Land, Gemeinden und Wirtschaft verbessert. Dies betrifft die Vereinbarkeit, wenn es um die Erziehung und Betreuung von Kindern geht, wie auch in der Betreuung von pflegebedürftigen nahen Verwandten. Flexible Arbeitsmodelle ermöglichen betreuungspflichtigen Personen den Verbleib im Erwerbsleben, den Wiedereinstieg nach einer Pause sowie die bessere Kombination von Beruf und Betreuung. Der gezielte Ausbau von Kinderbetreuung und Tagesstrukturen trägt dazu bei, Familien zu entlasten, das Fachkräftepotenzial in Liechtenstein besser zu nutzen und die Lebensqualität zu erhöhen. Die Elternzeit soll im Einklang mit den Familien, Unternehmen und staatlichen Leistungserbringern effizient umgesetzt werden.

Handlungsfelder

Im Mittelpunkt steht die Ermöglichung flexibler Arbeits- und Arbeitszeitmodelle, die es Familien und betreuungspflichtigen Personen erleichtern, Erwerbstätigkeit und Betreuung von Familienmitgliedern miteinander zu verbinden. Gleichzeitig soll die Arbeitsmarktintegration beim Wiedereinstieg nach einer Familienpause gezielt gefördert werden, um vorhandenes Fachkräftepotenzial besser zu nutzen. Ergänzend dazu ist der Ausbau von ausserhäuslichen Kinderbetreuungsplätzen entscheidend, wobei sowohl die Qualität als auch die Finanzierung dieser Angebote sichergestellt werden muss.

Generationendialog gemeinsam weiterentwickeln

Ausgangslage

Liechtenstein ist ein Land mit hoher Lebensqualität. Bis ins hohe Alter können die Einwohnerinnen und Einwohner aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, sich einbringen sowie möglichst unabhängig und selbstbestimmt leben. Die Generationen unterstützen sich gegenseitig. Land, Gemeinden, Wirtschaft, die Gesellschaft als Ganzes sowie jede und jeder Einzelne nehmen dafür gemeinsam Verantwortung wahr.

Zielsetzung

Im Bereich der Jugendförderung wird eine koordinierte Vorgehensweise etabliert, indem eine Jugendstrategie erarbeitet wird, die junge Menschen in ihrer individuellen Entwicklung unterstützt und sie zu verantwortungsbewussten, selbstbestimmten Mitgliedern der Gesellschaft heranwachsen lässt. Die Umsetzung der vorliegenden Altersstrategie wird vorangetrieben. Der Dialog zwischen den Generationen soll gefördert werden.

Handlungsfelder

Eine Jugendstrategie mit dem Ziel, eine übergeordnete Handlungsorientierung für alle Akteure und Akteurinnen zu schaffen, die mit Jugendlichen und für Jugendliche arbeiten, wird erarbeitet. Dabei werden insbesondere auch die verschiedenen Jugendorganisationen in den Erarbeitungsprozess einbezogen. Die Lenkungsgruppe Altersstrategie koordiniert und plant die Umsetzung der Altersstrategie sowie die darin definierten Handlungsfelder und informiert die Öffentlichkeit regelmässig über die Fortschritte. Die Rolle des Seniorenbeirats wird gestärkt.

Integration als Chance nutzen

Ausgangslage

Liechtensteins Stärken sind seine Kleinheit, sein Wohlstand und sein Zusammenhalt. Das Land verfügt über funktionierende Mechanismen zur Armutsbekämpfung sowie zur Integration und verfolgt konsequent einen pragmatischen Weg in der Chancengleichheit. Das garantiert sozialen Frieden.

Zielsetzung

Chancengleichheit und Gleichstellung ermöglichen es, zusätzliches Potenzial für die Gesellschaft und die Wirtschaft zu nutzen. Gleichstellung erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt und die Möglichkeiten in der Wahl des Familienmodells. Die Systeme zur Armutsbekämpfung werden zielgerichtet weiterentwickelt. Dafür schaffen der Armutsbericht und die daraus abgeleiteten Massnahmen die Basis. Neben der Umsetzung der Integrationsstrategie bilden besonders die Förderung des frühkindlichen Erwerbs der deutschen Sprache sowie die psychische Gesundheit von Kindern einen Schwerpunkt.

Handlungsfelder

Die bestehenden Mechanismen zur Armutsbekämpfung werden auf Optimierungspotenzial geprüft. Ein Fokus liegt dabei auf besonders vulnerablen Gruppen der Gesellschaft. Das Ehrenamt wird als wesentlicher Integrationsmotor gewürdigt und gefördert. Eine praxisnahe Gleichstellungsstrategie wird erarbeitet. Ein die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales umfassendes Konzept zur Frühen Kindheit wird erarbeitet und umgesetzt. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und die Beseitigung von Inklusionshürden wird laufend vorangetrieben. Als Mitglied der UN-Frauenrechtskommission setzt sich Liechtenstein aktiv für die weltweite Stärkung der Rechte von Frauen ein.



Hubert Büchel, Regierungsrat

Bewegung und Sport fördern

Ausgangslage

Sport ist ein zentraler Motor für Gesundheit, Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Obwohl Liechtenstein eine Sportnation ist, bewegt sich ein Teil der Bevölkerung zu wenig. Dieser Anteil steigt insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Zielsetzung

Ziel ist es, dass die Bevölkerung das breite Sportangebot der Vereine noch besser nutzt. Ein Fokus ist dabei insbesondere auf Jugendliche zu legen. Durch die Förderung des Ehrenamts sollen sich Trainerinnen und Trainer wieder hauptsächlich auf die wichtigste Aufgabe ihres Engagements, das Sporttraining, konzentrieren können. Für den Leistungs- und Spitzensport werden die Rahmenbedingungen weiter bedarfsgerecht verbessert, um die Athletinnen und Athleten optimal zu fördern.

Handlungsfelder

Mit Sportkoordinatoren, die in den Gemeinden eingesetzt werden, wird das breite Sportangebot in Liechtenstein noch stärker genutzt. Das Ehrenamt wird von administrativen Tätigkeiten entlastet. Die Massnahmen zur Bewegungsförderung im Sport- und Bewegungskonzept werden umgesetzt. Die Sportstätten werden punktuell im Rahmen des Berichts zur Sportinfrastruktur Liechtenstein optimiert und erweitert.

Kulturelle Vielfalt sichern

Ausgangslage

Liechtenstein verfügt über eine sehr lebendige und vielfältige Kulturszene, die von Brauchtum über ehrenamtliches Engagement bis hin zum professionellen Kulturschaffen reicht. Kultur ist identitätsstiftend, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und leistet einen wichtigen Beitrag zur Standortattraktivität. Kultur verbindet über die Grenzen hinaus und dient dem gegenseitigen Verständnis sowie dem Aufbau und der Pflege von guten internationalen Beziehungen.

Zielsetzung

Kultur soll für eine breite Öffentlichkeit sowie für Jung und Alt zugänglich sein. Sie soll integraler Bestandteil der Bildung sein und das Zusammenleben, die Toleranz und den gegenseitigen Respekt in einer pluralistischen Gesellschaft unterstützen. Das kulturelle Erbe des Landes soll bewahrt und gepflegt werden. Das Fördersystem für Kulturschaffende soll überprüft werden, damit auch in Zukunft ein vielfältiges und qualitativ hochstehendes Kulturangebot sichergestellt werden kann.

Handlungsfelder

Eine Kulturstrategie wird mit dem Ziel erarbeitet, die Bedeutung und den Wert der Kultur stärker sichtbar zu machen, klare und faire Arbeitsbedingungen für die Kulturbranche festzulegen sowie kulturelle Freiheit und Vielfalt zu bewahren. Die Koordination der bestehenden Förderlandschaft soll verbessert werden, um Synergien zu nutzen und die Wirksamkeit der Kulturförderung zu erhöhen. Es sollen Möglichkeiten geprüft werden, um den künstlerischen Nachlass langfristig zu sichern, zu dokumentieren und zugänglich zu machen.

Vertrauen in Institutionen bewusst stärken

Ausgangslage

In Liechtenstein ist das Vertrauen in staatliche und staatsnahe Institutionen gross. Es ist entscheidend für die Stabilität und Funktionsfähigkeit einer Demokratie. Das Vertrauen fördert die Akzeptanz von politischen Entscheidungen und stärkt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Mitwirkung. Daher sind Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Bürgernähe für den Erhalt dieses Vertrauens unerlässlich.

Zielsetzung

Um das Vertrauen in den Staat zu stärken, informiert der Staat regelmässig, transparent und bürgernah über seine Entscheidungen und begründet sie nachvollziehbar. Durch die aktive und regelmässige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in politische Prozesse wird die Mitbestimmung erhöht. Zudem stärkt der partizipative Ansatz die Akzeptanz staatlicher Massnahmen.

Handlungsfelder

Die Kommunikation der Regierung sowie der Landesverwaltung und der staatsnahen Betriebe wird regelmässig auf Wirksamkeit und Reichweite überprüft. Dabei wird insbesondere darauf geachtet, dass die Botschaften klar und transparent vermittelt werden, sowohl auf herkömmlichen als auch auf neuen Kanälen. Neue Wege der Beteiligung werden geprüft und gegangen.

Perspektiven schaffen

Verwaltung und Justiz modernisieren

Ausgangslage

In einer sich verändernden Welt müssen Verwaltung und Justiz schnell, nutzerfreundlich und digital agieren. Liechtenstein ist dabei auf sehr gutem Weg. Die Digitale Agenda schafft die Grundlage für die zielgerichtete Entwicklung und die Steigerung der Standortattraktivität durch die Potenziale der Digitalisierung. Die Einwohnerinnen und Einwohner erwarten nachvollziehbare Prozesse und dienstleistungsorientierte Angebote, die ihren Alltag erleichtern. Die Landesverwaltung ist bereits heute für ihre kurzen Wege bekannt und geschätzt. Gleichzeitig erfordern zunehmend komplexere Aufgabenstellungen neue Formen der Zusammenarbeit und eine stärkere digitale Vernetzung.

Zielsetzung

Die Chancen der Digitalisierung werden genutzt, um innovative Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung zu fördern. Damit schafft sie die Voraussetzungen für noch effizientere Prozesse, moderne Dienstleistungen sowie eine zukunftsfähige Verwaltung und Justiz. Die Landesverwaltung setzt weiterhin auf ein serviceorientiertes E-Government-Ökosystem, das Bürgernähe, Effizienz und digitale Teilhabe vereint. Zentrale Komponenten wie etwa das Servicekonto oder die Serviceportale ermöglichen eine medienbruchfreie, automatisierte Abwicklung von Verwaltungsprozessen.

Handlungsfelder

Die Digitalisierung der Verwaltung wird effizient, systematisch und bürgernah weitergeführt. Die Digitale Agenda wird auf aktuelle Entwicklungen hin überprüft und weiterentwickelt. Es werden moderne Kollaborationsformen genutzt und -plattformen eingeführt. Ausserdem wird der gezielte Einsatz KI-gestützter Tools zur Unterstützung der Verwaltungsarbeit geprüft. Die digitalen Kompetenzen in Verwaltung und Justiz werden durch Schulungen und Wissensplattformen gefördert.

Zukunftstechnologien strategisch nutzen

Ausgangslage

Die Entwicklung neuer Technologien läuft derzeit in einem hohen Tempo. Liechtenstein ist bisher gut damit gefahren, diese Entwicklungen genau zu beobachten und sich dort strategisch zu positionieren, wo es für Land, Menschen und Wirtschaft am sinnvollsten erscheint. Diesen Weg will die Regierung auch in Zukunft weitergehen.

Zielsetzung

Die digitale Transformation fungiert als Ermöglicher für eine moderne, bürgernahe Verwaltung, indem sie zentrale Infrastrukturen, Anwendungen und Identifizierungslösungen integriert und zur Verfügung stellt. Mithilfe der Künstlichen Intelligenz sollen einfache Tätigkeiten automatisiert. Gleichzeitig wird die weltweite Entwicklung neuer Technologien genau beobachtet und geprüft, um frühzeitig geeignete Rahmenbedingungen für Privatpersonen und Wirtschaft zu schaffen. Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen werden zu aktiven Gestaltern der digitalen Transformation, indem sie frühzeitig Kompetenzen in Künstlicher Intelligenz, Datenschutz und digitaler Kollaboration vermitteln.

Handlungsfelder

Die sichere und verantwortungsvolle Nutzung von Künstlicher Intelligenz ist ein zentraler Hebel zur Förderung von Innovation in der öffentlichen Verwaltung. Durch zielgerichtete Rahmenbedingungen wird ein vertrauenswürdiger Einsatz von KI ermöglicht, der sowohl rechtlichen als auch ethischen Anforderungen gerecht wird. Digitale Bildung ist das Fundament für eine technologisch souveräne Gesellschaft. Durch Initiativen wird nicht nur die digitale Kompetenz der Menschen gestärkt, sondern auch die Innovationskraft des Standorts Liechtenstein gefördert.

Dr. Emanuel Schädler, Regierungsrat



Naturnahe Räume erhalten und fördern

Ausgangslage

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine zentrale Voraussetzung für die Lebensqualität. Liechtenstein verfügt über eine hohe biologische Vielfalt. Diese ist allerdings insbesondere aufgrund der Zersiedelung und Fragmentierung von Lebensräumen, des Klimawandels sowie der Ausbreitung invasiver Arten bedroht. Liechtenstein ist Vertragsstaat der internationalen Biodiversitätskonvention und des Pariser Klimaübereinkommens und hat sich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden.

Zielsetzung

Es wird eine ganzheitliche und wissenschaftsbasierte Umweltpolitik verfolgt. Umweltprobleme werden in ihrer ganzen Komplexität betrachtet. Die Lösungsansätze schliessen wirtschaftliche und soziale Aspekte ein. An den gesetzlich verankerten Klimazielen wird festgehalten. Die Landesverwaltung nimmt eine Vorbildfunktion für Klimaschutz und den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen ein. Liechtenstein setzt sich international für eine gemeinsame Verantwortung der Staatengemeinschaft zur Bekämpfung des Klimawandels ein.

Handlungsfelder

Die im Aktionsplan Biodiversität 2030+ festgelegten Massnahmen werden schrittweise und in Abstimmung mit der Waldstrategie 2030+ umgesetzt. Die Vernetzung von Lebensräumen durch Wildtierkorridore oder Renaturierungen von Gewässern soll dort vorangetrieben werden, wo der Nutzen besonders gross ist. Die Revitalisierung des Rheins als Generationenprojekt soll gemäss dem Entwicklungskonzept Alpenrhein und unter Einbezug der Bevölkerung weiterverfolgt werden. Eingriffe in Natur und Landschaft sind auszugleichen. Das Verfahren zur Prüfung und Bewilligung von Eingriffen ist transparenter und effizienter zu gestalten, ohne den Naturschutz einzuschränken. Die verschiedenen Anspruchsgruppen sind frühzeitig in den Prozess einzubinden. Zudem sollen innovative Ansätze für ökologische Ausgleichsmassnahmen geprüft werden. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden soll in Umweltschutzfragen gestärkt werden.

Zukunftsfähige Landwirtschaft stärken

Ausgangslage

Die liechtensteinische Landwirtschaft stellt Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung bereit, prägt die Kulturlandschaft und das Landschaftsbild und ist eng mit dem Erhalt von Traditionen verbunden. Der Druck auf die Landwirtschaft steigt, insbesondere aufgrund der Folgen des Klimawandels wie zunehmende Extremwetterereignisse, erhöhten Standards für Tierwohl und Umwelt, veränderten Konsumgewohnheiten und zunehmender Konkurrenz um Fläche durch verschiedene Nutzungsformen. Gleichzeitig spielt die Landwirtschaft eine wesentliche Rolle bei der Erreichung der Klimaziele sowie beim Erhalt und der Förderung von Biodiversität.

Zielsetzung

Die Wettbewerbsfähigkeit und Marktorientierung der landwirtschaftlichen Betriebe sollen garantiert werden. Gleichzeitig sollen faire Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft sichergestellt werden. Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass der Umstieg auf eine ressourcen- und umweltschonende Landwirtschaft auch wirtschaftlich tragbar ist. Mit der Absatzförderung soll die liechtensteinische Wertschöpfungskette gestärkt werden, indem lokal produzierte Produkte und das heimische verarbeitende Gewerbe zielgerichtet unterstützt werden.

Handlungsfelder

Die Situation der Landwirtschaft und der Umsetzungsstand des agrarpolitischen Berichts 2022 werden analysiert und entsprechende Handlungsfelder weiterentwickelt. Das Pilotprojekt «Klimawirksame Landwirtschaft» soll vorangetrieben werden mit dem Ziel, weitere Erkenntnisse zur Bodenschonung, CO₂-Speicherung und zum nachhaltigen Anbau zu erhalten. Ebenso sollen die Bewässerungsprojekte im Vaduzer und Gampriner Riet fortgeführt werden, damit die Landwirtschaft besser auf Trockenperioden und Starkniederschläge vorbereitet werden kann. Es soll geprüft werden, wie Bürokratie abgebaut und die Vorgaben für die Landwirte und Landwirtinnen vereinfacht werden können.

Internationale Partnerschaften strategisch ausbauen

Ausgangslage

Die grossen Herausforderungen unserer Zeit, etwa der Klimawandel, Ressourcenknappheit oder geopolitische Spannungen, machen nicht an Landesgrenzen halt. Gerade kleine Staaten wie Liechtenstein sind auf funktionierende und robuste internationale Beziehungen angewiesen. Als souveräner Staat hat Liechtenstein den Anspruch, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv in multilaterale Prozesse einzubringen. Eine gezielte Aussenpolitik kann dabei helfen, Wissen zu transferieren, gegenseitiges Vertrauen zu stärken und gemeinsame Lösungswege für globale Probleme zu entwickeln.

Zielsetzung

Liechtenstein will seine Aussenbeziehungen so gestalten, dass sie einen konkreten Beitrag zur globalen Friedenssicherung, Solidarität und nachhaltigen Entwicklung leisten. Gleichzeitig geht es darum, die Interessen des Landes in der multipolaren Weltordnung zu sichern. Dabei versteht sich das Land als verlässlicher, kompetenter und aktiver Partner.

Handlungsfelder

Liechtensteins bilaterale Beziehungen werden weiter vertieft und neue Partnerschaften strategisch aufgebaut. Ein spezielles Augenmerk wird insbesondere auf die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Schweiz und Österreich sowie mit Europa gelegt. Die internationalen Beziehungen werden durch gezielte Besuchsdiplomatie und gezieltes Netzwerkmanagement gepflegt und gestärkt. Dazu gehört der Ausbau des politischen Dialogs mit Deutschland, den USA, den EWR/EFTA-Partnern Norwegen und Island und der Europäischen Union. Die Zusammenarbeit in der Region soll weiterhin auf allen Ebenen aktiv gepflegt und in spezifischen Bereichen, wie etwa Sicherheit, vertieft werden.

Liechtensteins Stimme in Europa aktiv einbringen

Ausgangslage

Als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ist Liechtenstein Teil des europäischen Binnenmarkts. Diese Zugehörigkeit sichert den diskriminierungs- und hindernisfreien Zugang zum europäischen Markt, erfordert jedoch auch die kontinuierliche Übernahme von europäischen Regulierungen. Der EWR stösst sowohl in der Wirtschaft als auch in der Bevölkerung auf breite Zustimmung. Aufgrund der geopolitischen Risiken muss Europa seine militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken sowie politische Einheit gewährleisten. Diese Herausforderungen wirken sich auch auf die europäische Integration aus.

Zielsetzung

Liechtenstein setzt sich für ein starkes Europa und einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt ein. Europapolitische Entwicklungen, insbesondere auch in den EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen, werden laufend beobachtet und analysiert. Liechtenstein ist in Europa gut vernetzt und gilt als verlässlicher und konstruktiver Partner.

Handlungsfelder

Die Europapolitik Liechtensteins wird vorausschauend weiterentwickelt mit dem Ziel, mitzugestalten und die Interessen des Landes frühzeitig einzubringen. Der enge Austausch mit den EWR-Partnern, insbesondere Island und Norwegen, sowie den EWR- und EU-Institutionen wird fortgeführt und, wo sinnvoll, vertieft. Die Prozesse für EWR-Rechtsübernahmen werden effizient und grössenverträglich gestaltet. Die Wirtschaftsverbände werden frühzeitig in relevante Entwicklungen einbezogen. Liechtenstein bekennt sich zu europäischen Werten wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten.



Michael Hasler, Regierungssekretär

Humanitäre Tradition weiterführen

Ausgangslage

Liechtenstein versteht sich als aktiver Verfechter internationaler Solidarität und Rechtsstaatlichkeit. In einer Zeit wachsender geopolitischer Spannungen und humanitärer Krisen gewinnt diese Haltung an Bedeutung. Als Kleinstaat ohne geopolitische Eigeninteressen ist Liechtenstein besonders glaubwürdig, wenn es um den Einsatz für Menschenrechte, Völkerrecht und multilaterale Zusammenarbeit geht.

Zielsetzung

Liechtenstein setzt seine humanitäre Tradition aktiv fort, stärkt internationale Institutionen durch substanzielle Beiträge und positioniert sich als glaubwürdiger Akteur für Menschenrechte, Frieden und Völkerrecht.

Handlungsfelder

Liechtensteins Profil als verlässlicher Partner im multilateralen System wird weiter gestärkt. Liechtenstein engagiert sich kontinuierlich in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, dem Europarat, der OSZE und dem Internationalen Währungsfonds. Humanitäre Projekte, insbesondere zur Unterstützung der vom Krieg betroffenen Bevölkerung in der Ukraine, werden gezielt weiter fortgesetzt. Gleichzeitig werden durch die internationale Humanitäre Zusammenarbeit Not- und Wiederaufbauhilfe geleistet. Ausserdem wird die globale Armutsbekämpfung durch die langfristige Entwicklungszusammenarbeit unterstützt.

Arbeitgeberattraktivität der Landesverwaltung erhöhen

Ausgangslage

Gute Mitarbeitende in der Landesverwaltung stellen die Leistungsfähigkeit des Staates sicher und ermöglichen ein qualitativ hohes Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung. Dabei steht die Verwaltung im Bemühen um gute Mitarbeitende im Wettbewerb mit privaten Arbeitgebern. Die Anforderungen an die Arbeitgeberattraktivität werden stetig höher. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist die Attraktivität öffentlicher Berufe ein entscheidender Erfolgsfaktor, um gut ausgebildetes und leistungsfähiges Personal zu finden und zu binden.

Zielsetzung

Die Landesverwaltung als wertschätzende Arbeitgeberin soll weiterhin vielfältige, sinnstiftende und interessante Aufgaben, Tätigkeitsgebiete und Berufe anbieten. Durch unterschiedliche Arbeitsmodelle, ortsunabhängiges Arbeiten (Remote Work) sowie flexible Arbeitszeiten soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden.

Handlungsfelder

Die Personalstrategie 2025–2028 wird umgesetzt. Zudem wird die in der vergangenen Legislatur angestossene Anpassung des Besoldungsgesetzes weiter vorangetrieben. Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden wird den künftigen Bedürfnissen angepasst. Ein Konzept zum Thema New Work in der Landesverwaltung wird erarbeitet und die Einführung kollaborativer Formen des modernen Zusammenarbeitens weiterverfolgt. Darüber hinaus werden Formate zur Stärkung und Sichtbarmachung von Berufsbildern im öffentlichen Dienst geprüft, um langfristig eine attraktive, kompetente und engagierte Verwaltung sicherzustellen, etwa indem junge Menschen für die Arbeit der Landesverwaltung begeistert werden. Die Landesverwaltung soll darüber hinaus weiterhin ein attraktiver Lehrbetrieb sein, um jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

Dialog mit den Gemeinden leben

Ausgangslage

Das Land und die Gemeinden arbeiten eng zusammen und tragen die Verantwortung entsprechend der vorgegebenen Aufgabenverteilung.

Zielsetzung

Die Herausforderungen im Bereich der Demografie sowie zu erwartende Kostensteigerungen in diversen Bereichen des öffentlichen Lebens werden die Ausgaben von Land und Gemeinden mittelfristig steigen lassen. Ein kontinuierlicher Dialog über die Aufgabenverteilung und die Zukunftsfähigkeit zwischen Gemeinden und Land wird geführt.

Handlungsfelder

Die gute Zusammenarbeit und der aktive Austausch mit den Gemeinden werden fortgesetzt. Im Dialog werden potenzielle Anpassungen und Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung im Bereich der Aufgabenverteilung zwischen Land und Gemeinden erörtert. Dabei wird das Subsidiaritätsprinzip hochgehalten.



Regierung des Fürstentums Liechtenstein

Regierungsgebäude

Peter-Kaiser-Platz 1

Postfach 684

9490 Vaduz

T +423 236 61 11

office@regierung.li

www.llv.li